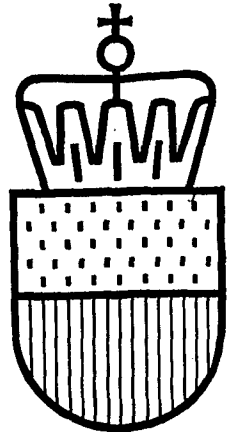


Kriminalfilm
 gesprochen!
 Sshof!
 Uhr.
 ina
 sen
 hof
 er
 and
 i den lu-
 1.50 auf
 mit dem
 Berno
 erle
 ssen.
 R
 vor-
 g.
 ank
 in 211 90
 knoten
 Verkauf
 16.90
 108.50
 12.20
 88.50
 8.75
 121.—
 —.70
 84.50
 7.30
 4.33

AZ Vaduz

Liechtensteiner Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan



des Fürstentums Liechtenstein

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—. Postamtlich bestellt: jährlich Fr. 33.—, halbjährlich Fr. 16.50. Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Vaduz, Telefon 075/22143, Postcheckkonto IX 2988 SG. Redaktion: Vaduz, Telefon 075/21394. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan FL.

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
 Inland 9 Rp. 23 Rp.
 Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 11 Rp. 25 Rp.
 Schweiz 12 Rp. 27 Rp.
 Uebrigtes Ausland 14 Rp. 31 Rp.
 Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 22143. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon 071/222626 und übrige Zweiggeschäfte.

Donnerstag, den 27. September 1962

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

96. Jahrgang — Nr. 149

Vor uns liegt eine neue Weltordnung

Dieser Beitrag stammt aus der Feder des Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Professor Dr. Walter Hallstein.

DK BRUSSEL. - Bei allen Erörterungen über die funktionelle Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und die Möglichkeiten einer politischen Union sollte zunächst festgestellt werden, dass die Organe der Gemeinschaft bereits ihre volle Funktionsfähigkeit erwiesen haben. Vor allem hat sich gezeigt, dass der Ministerrat der EWG imstande ist, auch schwierigste Probleme zu lösen. Er ist bereits ein echtes Organ europäischer Verantwortung. Leider hat die Gegenüberstellung der Worte Wirtschaftsgemeinschaft und politische Union manche Missverständnisse hervorgerufen. Dazu ist zu sagen, dass es in Wahrheit nicht darum geht, aus der Dimension des Wirtschaftlichen in die des Politischen überzugehen.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft selbst hat zwar wirtschaftliche Wirkungen und eine wirtschaftliche Bedeutung, aber ihrem Wesen nach ist sie politisch. Sowohl in ihrer Zielsetzung als auch in ihrer Struktur und in ihren Funktionen. Es handelt sich um die Zusammenfassung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen staatlichen Aktivitäten, die bisher getrennt waren und die nunmehr für die sechs Gemeinschaftsländer zusammengeführt werden. Der moderne Staat setzt wesentliche Bedingungen des wirtschaftlichen Tuns seiner Bürger, und zwar seine Gesetzgebung sowie durch die täglichen Einzelaktionen seiner Organe, die man «Politik» nennt. Diese Tätigkeit der sechs Staaten also wird zusammengefasst, nicht aber die «Wirtschaft». Die Organe der Gemeinschaft produzieren nicht etwa Güter, sie kaufen und verkaufen auch nicht. Sie sind weder eine übernationale Gewerkschaft noch eine Konsumgenossenschaft.

Drei tiefgreifende Vorgänge

Wie ist nun die Wirkung der EWG nach aussen? Ihre Entstehung hat die Umwelt vom ersten Tag an stark beschäftigt. Der tatsächliche Beginn einer neuen Situation wird durch drei Vorgänge bewiesen. Der erste Vorgang ist etwas, das ich als kopernikanische Wendung bezeichnen möchte: Die Hinwendung Grossbritanniens zu Europa. Gelingt sie, dann ist das ein historisches Ereignis ersten Ranges. Der zweite Vorgang ist die Initiative der Administration Kennedys; auf technischer Ebene ist sie unter dem Begriff «Trade Expansion Act» bekannt, im politischen Bereich spricht man von «Atlantischer Partnerschaft». Hätte die EWG nicht in sich erreicht, was nun bereits tatsächlich erreicht worden ist, dann würde sich die Politik der grössten Macht der Erde auch nicht auf Europa hin orientieren

und dem alten Erdteil damit eine Chance geben, von der noch vor wenigen Jahren niemand geträumt hätte. Unter den Umwelt-Reaktionen auf die EWG gibt es schliesslich noch eine weitere, die Reaktion Chruschtschows. Der Westen erlebte schon eine ganze Reihe gezielter Angriffe gegen die EWG; sie erweckt den Eindruck, als sei von Moskau her eine grosse politisch-psychologische Offensive im Gange.

Der tiefere Sinn der Moskauer Angriffe gegen die EWG liegt in der klaren, wenn auch sehr späten Einsicht der sowjetischen Führung, dass hier etwas geschieht, unerwartet schnell und erfolgreich, was nach marxistisch-leninistischer Auffassung überhaupt nicht geschehen dürfte. Es darf doch nicht sein, dass kapitalistische Staaten ihre Gegensätze überwinden und sich zusammenschliessen. Es darf doch nicht sein, dass dieser Zusammenschluss die Voraussetzung für eine langfristige und weiträumige Wirtschaftspolitik schafft, die obendrein Stabilität und Krisenfestigkeit verspricht. Im kommunistischen Lager sieht man auch gar nicht gern, dass der europäische Integrationsprozess wirtschaftliche Impulse auslöst, die zu einer stetigen, zeitweise stürmischen wirtschaftlichen Expansion führen. Es darf doch nicht sein - in den Augen der führenden Kommunisten -, dass sich als weitere Folge dieser Vorgänge in Europa eine Wirtschaftsordnung abzeichnet, die eines Tages die ganze freie Welt umspannen könnte.

Die jungen Völker lassen sich nicht täuschen

Es ist verständlich, dass Moskau dagegen ist, begreiflich aus theoretischen wie aus praktischen Gründen. Immerhin ist die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb des Ostblocks in einer Krise, die der sowjetischen Führung offensichtlich steigende Sorgen bereitet. Dabei handelt es sich nicht allein um eine Krise des sowjetischen Wirtschaftssystems, sondern um eine Integrationskrise im kommunistischen Block. Hinzu kommt noch eine für Moskau nicht unbedenkliche Situation, hervorgerufen durch die Entwicklungshilfe. Allzu gern möchte die sowjetische Propaganda insbesondere die Afrikaner glauben machen, die westeuropäischen Zusammenschlüsse zielten darauf ab, die ärmeren Völker auszubeuten und sie in Abhängigkeit zu erhalten. Ohne Erfolg. Mag auch Moskau nie davon sprechen, die aufstrebenden jungen Völker übersehen nicht die allmähliche Bildung einer Welthandels- und Weltwirtschaftsordnung im Geiste echter Solidarität aller Völker, die die Freiheit lieben und in gegenseitiger Achtung zusammenarbeiten wollen. Sie erkennen, dass die Europäische

Wirtschaftsgemeinschaft ehrlich bemüht ist, alle Kräfte zusammenzuführen, die einer friedfertigen Ergänzung fähig sind.

Eine Ordnung, getragen von zwei starken Pfeilern

Es wäre unrealistisch, einen Weltstaat zu erstreben. Die Entstehung einer neuen Einheit ist vorerst nur in einem regional begrenzten Rahmen möglich. Was aber vom Westen her getan werden kann und was auch getan werden muss, das ist die Sicherung einer Ordnung, die von zwei starken Pfeilern getragen wird, von den Vereinigten Staaten von Amerika und von Europa. Diese Partnerschaft bedarf keiner Institutionen. Für Europa aber kommt es darauf an, auf dem Wege der Einigung unbeirrt und schnell fortzuschreiten. Im übrigen gilt, dass die Partnerschaft zwischen USA und Europa keine Grenzen hat. Niemand in der übrigen Welt soll diskriminiert werden, der nicht nur in Freiheit leben möchte, sondern auch bereit ist, dieser Freiheit zu dienen. Die atlantische Partnerschaft kann tatsächlich eine weltweite Funktion erfüllen, indem sie der ganzen freien Welt eine freiheitliche Wirtschaftsordnung erreichbar macht.

Fürstentum Liechtenstein

Vom Telegrammwesen

ag. Zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein einerseits und der Bundesrepublik Deutschland, einschliesslich Berlin-West, sowie den Niederlanden andererseits wird am 1. Oktober versuchsweise eine neue Telegrammgattung, die Telexogramme, eingeführt. Die Telexogramme müssen an Telex-Teilnehmer adressiert sein. Sie werden dem Empfänger vom Telegraphendienst des Aufgabelandes über das Telexnetz unmittelbar zugeschrieben. Ist die unmittelbare Uebermittlung infolge Störung oder wiederholter Besetzung nicht möglich, so werden die Telexogramme über das allgemeine Telegraphennetz umgeleitet und am Bestimmungsort wie gewöhnliche Telegramme zugestellt. Die Telexogramme werden am Schalter jeder Telegraphenstelle angenommen. Sie können auch fernschriftlich oder telefonisch aufgegeben werden. Die Taxe eines Telexogramms entspricht der Hälfte derjenigen eines gewöhnlichen Telegrammes der gleichen Länge.

Schaan: Ein Gedenktag

Am 25. September waren es 35 Jahre seit dem Rheineinbruch am Bettag des Jahres 1927. Schon tags zuvor und die Nacht über hatte nahezu ununterbrochener starker Regentfall den Rhein zu beängstigender Höhe anschwellen lassen, und als am Sonntagvormittag ein Gewitter über die Schneegekrönten Berge Graubündens niederging, war man sich der äusser-

Tribüne
 DER FREIEN MEINUNG

Postdienst an lokalen Feiertagen

In der Ausgabe vom 15. September bzw. 18. September 1962 wurden die Ansichten für und wider die Aufhebung des Postdienstes an lokalen Feiertagen vertreten. Es dürften die Leser interessieren, wie sich die Sache genau verhält und von zuständiger Seite beurteilt wird.

An allen lokalen Feiertagen bleiben die Postschalter im ganzen Land geschlossen. Eine Ausnahme bildet nur das Postamt Vaduz, wo vor allem im Interesse des Fremdenverkehrs der Schalter bis mittags geöffnet bleibt und wo auch an allen Sonntagen der Dringlichkeitsschalter zur Erledigung wichtiger Postgeschäfte benützt werden kann. Im Zustellungsgebiet verhält es sich so, dass alle Briefboten einen Zustellungsdienst besorgen. Diese Regelung drängt sich auf, weil in der Schweiz, dem wichtigsten Einzugsgebiet von Liechtenstein, an diesen Tagen überall gearbeitet wird und deshalb der Anfall von Postsendungen ungefähr gleich bleibt wie an einem Werktag. Täglich treffen bei den liechtensteinischen Poststellen zirka 17.500 Briefe und Zeitungen und zirka 1000 eingeschriebene Pakete ein, die den Empfängern ins Haus zugestellt werden müssen. Würden an lokalen Feiertagen diese Sendungen nicht zugestellt, so wäre am folgenden Tag ungefähr das Doppelte dieses Verkehrs zu bewältigen, was den Briefboten nicht zugemutet werden kann. Für eine reibungslose Zustellung müssten daher genügend Hilfskräfte beigezogen werden können. Da aber in Liechtenstein ohnehin zu wenig Postpersonal vorhanden ist, besteht keine Möglichkeit, solche Hilfskräfte einzusetzen.

In einer Umfrage bei Briefträgern wurde auch die Aufhebung der Zustellung an den genannten Feiertagen kategorisch abgelehnt. Dies ist verständlich, denn die Leidtragenden wären sie und nicht zuletzt auch die Postkunden, die auf eine prompte Zustellung der aufgegebenen Sendungen rechnen.

Kreispostdirektion

sten Gefahr bewusst. Die wehrfähige Mannschaft wurde auf den Rhein berufen. Fieberhaft wurde bei strömendem Regen an der Abdichtung gefährdeter Stellen des Hochwuhrs gearbeitet. Aus Reichenau trafen Meldungen von einem weiteren Steigen des Hochwassers ein, und am späteren Nachmittag verdichtete sich die Gefahr eines Einbruchs oberhalb der Eisenbahnbrücke zusehends. Um drei Uhr nach hatte sie ein Zug passiert, es sollte für einige

notiert und kommentiert...

USA: Gefahr im Hinterhof

Kuba liegt nur rund 130 Kilometer von der amerikanischen Küste entfernt. Der Umstand, das Castro nach der siegreichen Revolution gegen den Diktator Batista unter dem Einfluss seines Waffengefährten Che Guevara und seines Bruders Raul Castro schliesslich immer mehr ins kommunistische Fahrwasser geriet, machte den Amerikanern bald Sorgen. Kuba trifft die USA, zum mindesten psychologisch, schmerzlicher ins eigene Fleisch als die verlorenen Positionen in Vietnam oder in Osteuropa. Kuba würde sich strategisch betrachtet im Falle einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltblöcken vorzüglich für Abschussbasen von Fernlenkgeschossen

und Atomraketen eignen mit Zielen im relativ verwundbaren Industrie-Dreieck etwa zwischen New York, Chigago und Washington DC. Ausserdem eignet sich Kuba als Ausgangsbasis für Subversionen in anderen lateinamerikanischen Staaten, von denen bekanntlich einige zu den rückständigsten Gebieten der Welt gehören.

Die Amerikaner haben indessen bis jetzt nie ernstlich an eine direkte Intervention in Kuba gedacht. Auch die von Castro den «amerikanischen Imperialisten» zur Last gelegte Invasion in der Schweinebucht, die zu einem vollständigen Debakel der Invasoren führte und durch den militärischen Triumph zu einer Stärkung der Stellung Castros führte, war eine Aktion, die von kubanischen Exilpolitikern ausgegangen war und nur zögernd die moralische und materielle Unterstützung der Regierung Eisenhower erhalten hatte. Amerikanische Truppe waren bei diesem Abenteuer nie von der Partie gewesen, und Freiwillige amerikanischer Nationalität, die sich den Invasoren anschlossen, wurden prompt des amerikanischen

Bürgerrechts verlustig erklärt.

Inzwischen hat sich aber die Situation verändert. Castro bekennt sich heute ganz öffentlich und ohne Umschweife zur Sowjet-Union und akzeptiert sowjetische Waffenhilfe. Gegen Zucker tauscht er Waffen und Kriegsmaterial im Osten ein, und die kubanische Luftwaffe besteht praktisch nur noch aus russischen Kampfflugzeugen. Tschechische und russische Instruktoren befinden sich auf allen kubanischen Waffenplätzen. Nun kommt noch hinzu, dass Chruschtschow in einer kürzlich erfolgten feierlichen Erklärung Kuba und das Regime Castros insofern militärisch unter die Fittiche der Sowjet-Union genommen hat, dass er für den Fall eines amerikanischen Angriffs auf Kuba mit der Entfesselung des Atomkrieges drohte.

Demgegenüber antwortete Kennedy in einer Rede in unmissverständlicher Weise, dass Amerika sofort zu einer kriegerischen Lösung des kubanischen Problems greifen werde, «wenn Kuba versuchen sollte, seine aggressiven Ab-

sichten durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt gegen irgendeine Nation der westlichen Hemisphäre zu exportieren, oder eine Offensivbasis von Bedeutung für die Sowjet-Union ein «Bis hierher - aber nicht weiter!»

Wenn nicht alles trügt, so geht der kubanische Krug nur noch kurze Zeit zum Brunn. Wirtschaftlich wird die Misere durch Castros Misswirtschaft, durch die Kollektivierung und die amerikanische Blockade rasch grösser. Die Ostblock-Staaten haben nicht genügend Tonnage an Schiffen zur Verfügung, um ihren Brückenkopf in Amerika in allen Dingen hinreichend auszurüsten. Sollten die Russen sich verleiten lassen, Raketenbasen auf Kuba einzurichten statt die notleidende Bevölkerung mit Lebensmitteln, Textilien und Fertigprodukten zu versorgen, so ist es nach der Erklärung des amerikanischen Präsidenten klar, dass dies als «Casus belli» betrachtet würde. Es kann kein Zweifel bestehen, dass dann Castros Schicksal in wenigen Tagen entschieden wäre. Aber was wäre das Schicksal der Welt? Luzius.